

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages,
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

30. März 2010

Vorlage der Staatskanzlei i.S. Sachstandsbericht zum Projekt KoPers

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Vorlage der Staatskanzlei i.S. Sachstandsbericht zum Projekt KoPers (IT-Kooperation Personaldienste) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Olaf Bastian

Anlage

Der Chef
der Staatskanzlei
des Landes
Schleswig-Holstein



Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

An den über das
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Über das
Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

24.3.2010

Sehr geehrter Herr Sönnichsen,

anliegend übersende ich einen Sachstandsbericht zum Projekt **KoPers** (IT-Kooperation Personaldienste) zur Information des Finanzausschusses. In der Sitzung am 1. April 2010 werde ich den Bericht mündlich erläutern.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Arne Wulff

**Sachstandbericht über das Projekt KoPers in der Sitzung
des Finanzausschusses am 01.04.2010**

Die Landesregierung hat am 22. Januar 2008 beschlossen, gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg ein Projekt zur Neuausrichtung der IT-Unterstützung für das Personalmanagement in beiden Ländern einzusetzen. Grundlage waren die Ergebnisse eines umfangreichen Vorprojekts beider Länder (s. Umdruck 16/2741). Zur Konkretisierung des Kooperationsprojekts haben beide Länder am 22. Januar 2009 ein Verwaltungsabkommen geschlossen (s. Umdruck 16/3882).

Ab 15. September 2008 wurde das Projektteam eingesetzt, offizieller Start der maximal fünfjährigen Projektlaufzeit war am 2. Februar 2009.

Hauptaufgabe des Projekts KoPers ist die Ausschreibung, Anpassung und Einführung einer Standardsoftware für ein neues integriertes Personalmanagementsystem und die vollständige Ablösung der jetzigen schleswig-holsteinischen Eigenentwicklungen Permis Abrechnung, Permis Verwaltung und des Lehrerverwaltungssystems PERLE. Außerdem soll das Projekt ein Betriebs- und Leitstellenkonzept entwickeln und umsetzen. Sowohl bei der Auswahl der Software als auch bei organisatorischen Festlegungen ist sicherzustellen, dass die Lösung auch für die schleswig-holsteinischen Kommunalverwaltungen und die Versorgungsausgleichskasse (VAK) nutzbar ist.

Mit ihrer Entscheidung für das Projekt KoPers und den Ersatz der Altsysteme durch eine moderne integrierte Standardsoftware hat die Landesregierung einer Forderung des Finanzausschusses und des Landesrechnungshofs entsprochen (s. Bemerkungen 2001 des LRH, Nr. 12 und Bemerkungen 2003 des LRH, Nr. 10 sowie Landtagsdrucksache 16/355 vom 22. November 2005, S. 10).

Die Landesregierung ist vom Finanzausschuss gebeten worden, regelmäßig über den

Fortgang des Projekts KoPers zu berichten. Zuletzt ist dies am 23. April 2009 geschehen (s. Ausschussprotokoll 16/126 mit Anlage).

Seit dem letzten Bericht hat das Projekt das Vergabeverfahren vorbereitet, das am 9. März 2010 mit der Veröffentlichung der Unterlagen für das Vergabeverfahren gestartet wurde.

Interessenbekundungsverfahren

1. Zur Vorbereitung des Vergabeverfahrens wurde zunächst ein Interessenbekundungsverfahren zur Markterkundung durchgeführt.

Betriebs- und Leitstellenmodell

Für den angestrebten gemeinsamen wirtschaftlichen Betrieb einer gemeinsamen IT-Lösung war auch eine Einigung über die künftige Betriebs- und Leitstellenorganisation notwendig. Bisher sind die Aufgaben der fachlichen Leitstellen innerhalb der Länder nicht an einer Stelle gebündelt. Auch die Prozesse und Abläufe in den Ländern sind unterschiedlich. Und es gibt keine einheitliche technische Leitstelle (SH: Dataport, FHH: ZPD). Die Einführung eines integrierten IT-Verfahrens erfordert aber eine einheitliche und durchgängige Steuerung der Weiterentwicklung und des Betriebs dieses IT-Verfahrens. Nur so kann sichergestellt werden, dass die wirtschaftlichen Vorteile eines gemeinsamen Standardverfahrens realisiert werden können und nachhaltig erhalten bleiben.

Die Projektgremien (Steuerungsgruppe und Lenkungsgruppe) haben sich für eine zweistufige Lösung ausgesprochen:

1. Als „Start-Organisation“ wird ein Modell empfohlen, in dem beide Länder je eine eigene fachliche Leitstelle betreiben. Beide Leitstellen sollen eng kooperieren und durch eine gemeinsame Arbeitsplanung sowie arbeitsteiliges Vorgehen ein effizientes Vorgehen erreichen. Gemeinsame technische Leitstelle wird Dataport.
2. „Ziel-Organisation“ ist ein gemeinsames Shared-Service-Center „Personal“ (Anstalt oder Behörde), in dem die fachlichen Leitstellen aus der Start-

Organisation in einer Organisation zusammengeführt werden. Außerdem sollen dort alle Personalverwaltungsaufgaben länderübergreifend gebündelt werden, die am wirtschaftlichsten in der gemeinsamen Einrichtung erledigt werden können. Gemeinsame technische Leitstelle ist auch hier Dataport.

3. Die Lösung ist so angelegt, dass auch der kommunale Bereich in Schleswig-Holstein sich der künftigen Leitstellen-Organisation sowohl in der Start- als auch in der Zielvariante anschließen kann. Ob und in welchem Umfang dies gewünscht wird, wird in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Landesverbänden und mit der VAK geklärt.

Start des Vergabeverfahrens

Auf der Basis der Vorarbeiten hat die Steuerungsgruppe des Projekts am 17. Februar 2010 den Start des Vergabeverfahrens frei gegeben - vorbehaltlich der Zustimmung der schleswig-holsteinischen Landesregierung, die am 9. März 2010 folgte. Am selben Tag wurden die Unterlagen für einen europaweiten Teilnahmewettbewerb veröffentlicht.

Im Teilnahmewettbewerb werden sechs Firmen für das anschließende Verhandlungsverfahren ausgewählt. Im Lauf des Verfahrens werden anhand eines Kriterienkataloges die Firmen ausgesucht, mit denen endgültige Verhandlungen geführt werden. Das wirtschaftlichste Angebot erhält den Zuschlag. Unmittelbar anschließend beginnt die Realisierungsphase.

Angebot einer Lösung für die Kommunen

Die künftige IT-Lösung muss auch für den kommunalen Bereich in Schleswig-Holstein geeignet sein, weil auch dort das abgängige Abrechnungssystem PERMIS A eingesetzt wird. Dataport hat nach eigenen Angaben unmittelbar oder mittelbar (über Kreisbesoldungsstellen und über die kommunale Versorgungsausgleichskasse, VAK) ca. 190 Kunden, die PERMIS A nutzen und auf eine alternative Lösung von Dataport warten.

Auftrag des Projekts KoPers ist es, sicherzustellen, dass Dataport der VAK und den Kommunen eine neue Lösung für Personalmanagementaufgaben anbieten kann. Dabei

sollen Synergieeffekte durch eine gemeinsame Beschaffung im Rahmen des Vergabeverfahrens KoPers und einen gemeinsamen Betrieb mit den Ländern genutzt werden.

Die kommunalen Belange werden wie folgt im Projekt berücksichtigt:

1. Vertreter der VAK und der Kommunen haben in Arbeitsgruppen an der Erstellung der Leistungsbeschreibung und des Kriterienkatalogs für das Vergabeverfahren mitgewirkt.
2. Dataport schreibt im Vergabeverfahren KoPers die für eine kommunale Lösung benötigten Lizenzen etc. aus.
3. In Abstimmung mit dem Gesamtprojekt und in Zusammenarbeit mit den Kommunalverwaltungen und der VAK entwickelt Dataport aus dem ausgewählten Produkt eine kommunale Lösung.
4. Vertreter der Kommunalen Landesverbände und der VAK wirken in der Projektlenkungsgruppe mit.

Gremientätigkeit

Seit April 2009 hat die **Lenkungsgruppe** (fachliche Steuerung auf Abteilungsleiter- bzw. Amtsleitererebene sowie mit Vertretern von Dataport, Datenschutz und Sozialpartnern) am 10. Juli 2009 und am 15. Dezember 2009 getagt. In den Sitzungen wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

1. Konkretisierung der Projektziele
2. Vorgehen und Ergebnisse Interessenbekundungsverfahren
3. Entwicklung von Sollprozessen und Organisationsmodellen für Personalmanagement
4. Vergabe von Beraterleistungen
5. Ressourcencontrolling
6. Vorgehen zur Entwicklung der künftigen Betriebs- und Leitstellenorganisation
7. Eckpunkte für das Vergabeverfahren
8. Leitlinien für kommunale Lösung

Die nächste Sitzung ist für den 26. April 2010 geplant. Ziel ist die Freigabe der

Unterlagen für das Verhandlungsverfahren.

Für strukturell und politisch relevante Entscheidungen ist eine **Steuerungsgruppe** eingerichtet worden, in der für Schleswig-Holstein der Chef der Staatskanzlei sowie IV St und VI St vertreten sind. Sie hat bisher am 28. August 2009 und am 17. Februar 2010 getagt. Die nächste Sitzung ist für November 2010 geplant.

Regelmäßig einmal im Monat tagt das **Kernteam**, das mit den Projektleiterinnen und den Teilprojektleitern besetzt ist.

Organisationsuntersuchungen im Personalmanagement

In Zusammenarbeit mit ihren Landesbehörden und -ressorts haben die landesspezifischen Teilprojekte „Organisation“ in 2009 für beide Länder ein Prozessregister „Personalmanagement“ aufgebaut, in dem alle bestehenden Personalmanagementprozesse nach einer einheitlichen Methodik aufgenommen und beschrieben worden sind. Auf dieser Basis sollen im Laufe des Verhandlungsverfahrens und in der Realisierungsphase - ebenfalls in Zusammenarbeit mit den Ressorts - die künftigen Soll-Prozesse sowie Vorschläge für die künftige Aufbauorganisation entwickelt werden. Dabei wird auch die Frage behandelt, welche heute dezentralen Personalverwaltungsaufgaben künftig wirtschaftlicher zentral bearbeitet werden können. Die erarbeiteten Empfehlungen sollen dem Kabinett vor dem Zuschlag vorgelegt werden, damit die Entscheidungen des Kabinetts, soweit erforderlich, in die Abschlussverhandlungen des Vergabeverfahrens einfließen können.

Finanzielle Ausstattung des Projektes

Das Kabinett hat am 9.3.2010 der Bereitstellung der für das Projekt im Zeitraum 2010 bis 2014 benötigten Sach- und Personalmittel zugestimmt. Das Finanzministerium ist gebeten worden, spätestens im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2011/2012 die zur Umsetzung der Maßnahmen erforderlichen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen, Mittel, Planstellen und Stellen einzuwerben. Der Gesamthaushalt darf sich dadurch nicht

erhöhen, die Planstellen und Stellen sind mit kw-Vermerk für die Laufzeit des Projektes zu versehen. Die Projektkosten, die nicht aus dem IT-Gesamtplan (Kapitel 1103) gedeckt werden können, sind nach einem Verteilungsschlüssel entsprechend des Personalbestands von der Staatskanzlei und den Ressorts zu erwirtschaften.

Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (gem. § 7 LHO) kommt zu dem Schluss, dass die Ausschreibung der zu beschaffenden Verfahren gemeinsam mit der FH Hamburg für Schleswig-Holstein wirtschaftlich ist.

Personelle Ausstattung des Projektes

Auf Grundlage der Erkenntnisse des Vorprojektes wurden pro Land für die gesamte Projektdauer durchschnittlich 20 Vollzeitkräfte und in besonderen arbeitsintensiven Phasen ein Bedarf von bis zu 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschätzt. Derzeit arbeiten 12 Personen (11,3 VZÄ) fest im Projektteam. Bis zum 1. Mai 2010 wird das Projektpersonal auf 20 Personen anwachsen, damit das Projekt seine Aufgaben im Vergabeverfahren und im Organisationsprojekt erfüllen und die Landesregierung ihre Zusagen gegenüber dem Kooperationspartner FHH einhalten kann.

Der vorgelegte Sachstandsbericht ist mit dem Rechnungshof Schleswig-Holstein abgestimmt. Der Landesrechnungshof weist insbesondere daraufhin, dass die notwendigen und qualifizierten Personalressourcen bereitgestellt werden müssen, um den Projekterfolg nicht zu verzögern oder zu gefährden.

Vorschlag für nächsten Bericht: nach der Sommerpause.